



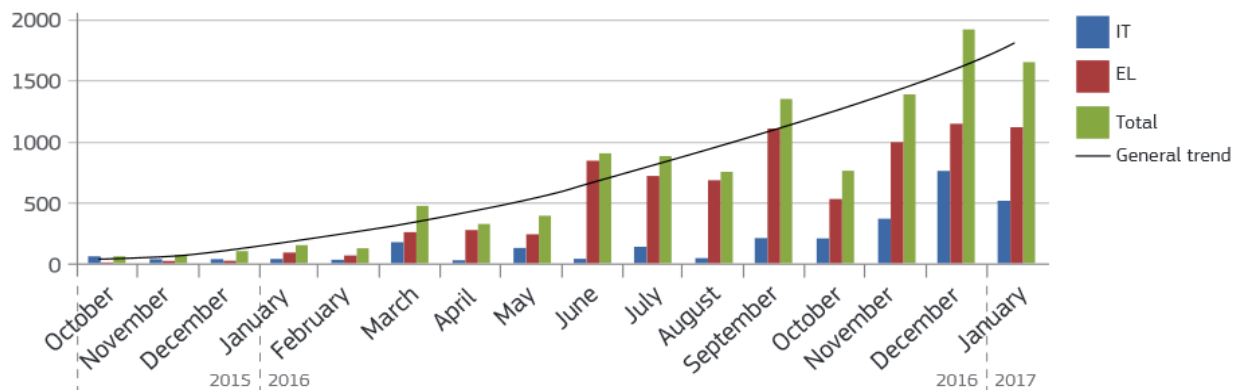
## Neunter Fortschrittsbericht sieht positive Entwicklung bei Um- und Neuansiedlungen

**Europäische Kommission stellt Update und neues Zahlenmaterial zu EU-Sofortmaßnahmen vor**

Die Europäische Kommission hat am 08.02.2017 ihren Neunten Fortschrittsbericht und damit ein neues Update zu dem Stand der laufenden EU-Maßnahmen zu den Umverteilungs- und Neuansiedlungsregelungen vorgelegt. Demnach ist hinsichtlich der seit bereits Herbst 2015 laufenden Umverteilungs- und Neuansiedlungsbemühungen endlich eine stetig positive Entwicklung zu beobachten. Seit dem letzten Bericht vom 08.12.2016 wurden weitere 3.813 Menschen umverteilt, im Dezember 2016 waren es 1.162 Personen aus Griechenland und 764 aus Italien, im Januar 2017 1.131 aus Griechenland und 551 aus Italien. Insgesamt beläuft sich die Zahl nun auf 8.766 (Griechenland) und 3.200 (Italien), also insgesamt 11.966.

**Die Top-5 der Aufnahmeländer für Umsiedlungen, nach Gesamtzahlen:** Frankreich (2.727), Deutschland (2.042), die Niederlande (1.361), Portugal (957) und Finnland (919). Fünf Länder haben also dementsprechend knapp 70% der Umgesiedelten aufgenommen. Bei der Betrachtung der Zahlen muss hinsichtlich der Aufnahmebereitschaft der kleineren Mitgliedstaaten jedoch stets das Verhältnis zur Bevölkerungszahl im Auge behalten werden. Staaten wie Luxemburg, Malta, Rumänien, Finnland, Spanien und Belgien leisten im Verhältnis durchaus einen vergleichbaren oder sogar höheren Beitrag als die größeren Länder. Malta, Finnland, die Schweiz und Norwegen werden voraussichtlich in den nächsten beiden Monaten ihre Anteile voll erfüllt haben.

**Relocations from Italy and Greece (October 2015 - January 2017)**



Quelle: European Commission 2017

Allein in Dezember 2016 wurde damit die Rekordzahl von 1.926 Personen umgesiedelt. Insofern zeigen die nicht nachlassenden Bemühungen der Kommission und des Europäischen Asylunterstützungsbüros (EASO) seit einigen Wochen echte Erfolge. Allerdings gibt es enorme Unterschiede hinsichtlich der Aufnahmebereitschaft zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten.

Die meisten östlichen Länder leisten hingegen gar keinen oder nur sehr geringe Beiträge: Polen, Ungarn und Österreich verweigern sich weiterhin hinsichtlich der Umsiedlungen vollständig, die Slowakei hat lediglich neun Personen aufgenommen, Kroatien 19. Tschechien hat schon seit Mai 2016 keine Übernahmezusagen mehr abgegeben. Die Kommission appelliert an diese Staaten, ihren Umsiedlungsverpflichtungen gerecht zu werden.

# Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



In Griechenland haben die Behörden ihre Registrierungsmaßnahmen weiter verstärkt und rechnen damit, dass bis Mitte März alle vorregistrierten Bewerber (Migranten, die für eine Umsiedlung in Frage kommen) abschließend registriert sein werden, eine wichtige Vorbereitungsmaßnahme für weitere Umsiedlungen.

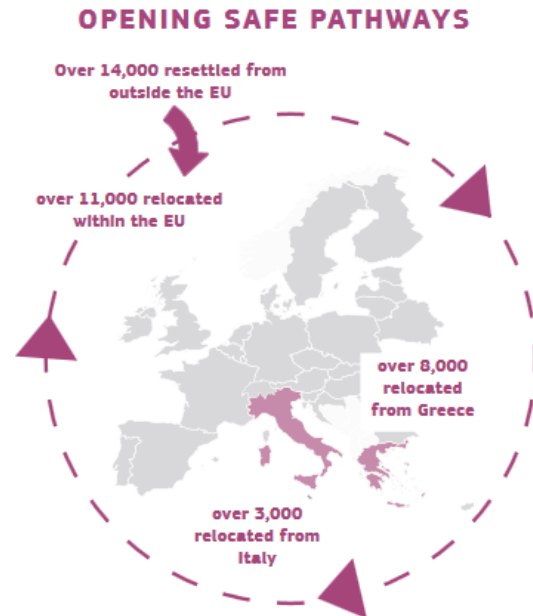
Italien hat seine Prozesse für Sicherheitsüberprüfungen von umzusiedelnden Personen angepasst: Im Januar hatte Norwegen zum ersten Mal eine Anfrage für eine zusätzliche Sicherheitsüberprüfung gestellt, mit der Folge, dass nun italienische und norwegische Sicherheitsbeamte gemeinsam mit Europol ein Interview führen werden.

Die Kommission weist in ihrem Bericht auch erstmalig darauf hin, dass die Mitgliedstaaten bei Ablehnungen aufgrund von Sicherheitsbedenken nicht einfach allgemeine Formulierungen verwenden sollten. Stattdessen sollten die Gründe im Detail benannt werden, damit alle beteiligten Partner genau besprechen können, wie in dieser spezifischen Situation weiter mit dem Migranten umgegangen werden soll. Hinsichtlich der von einigen Mitgliedstaaten geäußerten Bedenken im Hinblick auf das Teilen sensibler Informationen hat Europol einen gesondert gesicherten Nachrichtenkanal eingerichtet, auf dem die Ablehnungsgründe in einem technisch geschützten Umfeld benannt werden können. Dieser Kommunikationskanal ist seit dem 01.12.2016 offen, wurde aber bisher noch nicht genutzt. In Griechenland hat die Polizei zusätzlich als Kontaktpunkt einen „nationalen Sicherheitskorrespondenten“ eingerichtet, der kontaktiert werden kann, wenn spezielle Gründe für eine Ablehnung weitergegeben werden sollen.

Ein großes Problem bleibt weiterhin die Ankunft von vielen minderjährigen und unbegleiteten Migranten, insbesondere in Italien: In 2016 kamen 28.129 Minderjährige in Italien an, davon 91,6% unbegleitet (3.806 Eritreer, 218 Syrer, 394 Iraker und 13 Jemeniten).

Auch bei den Neuansiedlungen aus Drittstaaten haben viele Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen verstärkt und bislang 13.968 Menschen eine sichere und legale Einreise

ermöglicht, von den im Rahmen der Regelung vom



Quelle: European Commission 2017

Juli 2015 vereinbarten 22.504 Menschen. Seit dem Start des 1:1-Mechanismus im Rahmen der EU-Türkei-Erklärung wurden seit dem 04.04.2016 3.098 Syrer aus der Türkei in der EU neu angesiedelt (nach Deutschland 1.213). Aber auch hier zeigen sich erhebliche Differenzen, so haben nur 18 von 28 Mitgliedstaaten überhaupt Menschen neu angesiedelt, zusätzlich noch Island, Norwegen, Liechtenstein und die Schweiz. Folgende Länder haben niemanden neu angesiedelt: Polen, Ungarn, Slowenien, Slowakei, Griechenland, Kroatien, Bulgarien, Rumänien, Zypern und Malta.

**Die Top-6-Länder bei den Neuansiedlungen:** Norwegen (2.924), VK (2.200), Österreich (1.501), Deutschland (1.213), Frankreich (1.088) und die Niederlande (1.000).

Außerdem sind laut Bericht zurzeit rund 62.000 Migranten in Griechenland, davon weiterhin rund 15.000 auf den griechischen Inseln. In Italien sind seit dem 05.12.2016 15.614 Menschen angekommen. In Griechenland wurden die Aufnahmekapazitäten ausgeweitet, so gibt es nun mit Stichtag 07.02.2017 75.182

# Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Plätze zur Unterbringung. Problematisch ist weiterhin, dass es auf dem griechischen Festland bisher nur 27.000 Plätze zur permanenten Unterbringung gibt.

---

Weiterführende Informationen:

Neunter Fortschrittsbericht:

[https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/policies/european-agenda-migration/20170208\\_ninth\\_report\\_on\\_relocation\\_and\\_resettlement\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/policies/european-agenda-migration/20170208_ninth_report_on_relocation_and_resettlement_en.pdf)

Factsheet:

[https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/policies/european-agenda-migration/20170208\\_factsheet\\_on\\_relocation\\_and\\_resettlement\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/policies/european-agenda-migration/20170208_factsheet_on_relocation_and_resettlement_en.pdf)